



Kanton
Obwalden

Medienmitteilung

Datum: 01.05.2025
Sperrfrist: 01.05.2025, 08.00 Uhr

Die Kantone Obwalden und Nidwalden erhalten ein digitales Portal

Die Kantone Obwalden und Nidwalden wollen gemeinsam mit den Gemeinden ein eGov-Portal einführen. Mit dem Portal werden die Grundlagen geschaffen, damit die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen digitale Verwaltungsdienstleistungen in Zukunft über einen zentralen Zugang nutzen können. Als nächstes befassen sich die Kantonsparlamente mit den jeweiligen Krediten für den Aufbau des Portals.

Die Kantone Obwalden und Nidwalden beabsichtigen, zusammen mit den Gemeinden, ein sogenanntes eGovernment-Portal einzuführen – eine zentrale und benutzerfreundliche Plattform für Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Der Begriff «eGov» steht für elektronische Verwaltung.

Cornelia Kaufmann-Hurschler, Vorsteherin des Finanzdepartements Obwalden, und die Nidwaldner Finanzdirektorin Michèle Blöchli sind sich einig: «Das eGov-Portal ist ein Meilenstein in der digitalen Transformation beider Kantone und der Gemeinden. Die Verwaltung wird fit gemacht für die Zukunft und die Dienstleistungen der öffentlichen Hand werden effizienter und zugänglicher.»

Verwaltungsdienste stehen rund um die Uhr digital zur Verfügung

Für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bietet das eGov-Portal zahlreiche Vorteile: Alle digitalen Verwaltungsdienstleistungen stehen rund um die Uhr und ortsunabhängig zur Verfügung. Die Verwaltung selbst kann ihre Effizienz steigern. Die Anwendung erfolgt über ein einziges Benutzerkonto, das den Zugang zu allen angebotenen Dienstleistungen gewährleistet. Darauf aufbauend sollen nach und nach weitere Dienstleistungen digitalisiert und ins eGov-Portal integriert werden.

Kantone und Gemeinden stimmten eGov-Portal zu

Die Gemeinden beider Kantone stehen hinter dem Projekt. Die Kosten für die Erstellung des eGov-Portals werden gemäss der von beiden Kantonsparlamenten verabschiedeten Informatikvereinbarung auf die beteiligten Stellen aufgeteilt. Die Regierungsräte der Kantone Obwalden und Nidwalden haben die entsprechenden Verpflichtungskredite an ihr jeweiliges Kantonsparlament verabschiedet. Im Zeitraum

der nächsten fünf Jahre ist von jährlich total 987 000 Franken für Investitionen und Betriebskosten auszugehen. Der Kanton Obwalden und seine Gemeinden tragen 460 500 Franken, die restlichen 526 500 Franken werden vom Kanton Nidwalden und seinen Gemeinden übernommen.

Der Obwaldner Kantonsrat wird an seiner Sitzung vom 22./23. Mai 2025 darüber befinden. Die Beschlussfassung im Nidwaldner Landrat erfolgt voraussichtlich im Juni. Es ist vorgesehen, dass das eGov-Portal in der zweiten Jahreshälfte 2026 in beiden Kantonen in Betrieb genommen werden kann.

Kontakte für Rückfragen der Medien:

Regierungsrätin Cornelia Kaufmann-Hurschler, Vorsteherin des Finanzdepartements Obwalden, Telefon 041 666 61 70,
Regierungsrätin Michèle Blöchliger, Finanzdirektorin Nidwalden, Telefon 041 618 71 00,
beide erreichbar am Donnerstag, 1. Mai 2025, 10.00 bis 11.00 Uhr.